

WOLFGANG BENZ

VOM
VORURTEIL
ZUR
GEWALT



Politische und soziale
Feindbilder in Geschichte
und Gegenwart

HERDER

Wolfgang Benz

Vom Vorurteil zur Gewalt

Politische und soziale Feindbilder
in Geschichte und Gegenwart

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN

Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2020
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

E-Book-Konvertierung: Newgen Publishing Europe

ISBN E-Book: 978-3-451-82121-9
ISBN: 978-3-451-38596-4

Inhalt

Prolog: Vorurteil – Ressentiment – Feindschaft

1. Vorurteil und Feindkonstrukt: Triebkräfte der Gesellschaft
 - Hassdelikte und ihr Kontext
 - Die Angst vor der Bedrohung durch Fremde
 - Populismus und Ressentiments
 - Die Eskalation zum Feindbild
 - Mobilisierung durch Vorurteile
 - Katalysator Islamfeindschaft
 - Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

2. Die Konstruktion der Fremdheit: Ausgrenzung der »Anderen« als Selbstbestätigung
 - Die politische Instrumentalisierung von Minderheiten
 - Strukturen der Beziehungen zwischen Mehrheit und Minderheit
 - Selbstbestätigung durch Ausgrenzung
 - Identitätsprobleme als Brandbeschleuniger
 - Die Irrationalität und die Überwindung von Feindbildern
 - Sinnstiftung durch Feindkonstrukte

3. Bausteine des Ressentiments: Gerüchte und Fake News
 - Die Funktion von Gerüchten und Legenden
 - Motive und Ursachen von Fake News
 - Der Transport von Feindbildern

4. Die Überwindung der Logik: Verschwörungstheorien
 - Vermutete geheime Urheber
 - Im Visier: Jesuiten, Freimaurer, Juden

Die Denunziation der Aufklärung
Die »Protokolle der Weisen von Zion«
Die Aktualität des Verschwörungskonstrukts
Die Faszination des Absurden

5. Falschgläubige Feinde: Die Kategorie Religion

Uralte und hartnäckige Vorurteile: Der Antijudaismus der Christen
Gefährliche Glaubenspraxis: Die Diskriminierung der Zeugen Jehovas
Fremd im eigenen Land: Die Ausgrenzung der muslimischen Rohingya

6. Rassismus: Pseudowissenschaftlich begründete Ausgrenzung

»Rasse« als Konzept
Rassismus im Alltag
Modernisierung der Judenfeindschaft: Vom Antijudaismus zum Antisemitismus
Voyeurismus und Verachtung: Das Konstrukt »Zigeuner«

7. Völkermord: Letzte Konsequenz der Ausgrenzung

Massengewalt und Staatsterror im 20. Jahrhundert
»Ethnische Säuberung«: Das Unwort aus dem zerfallenden Jugoslawien
Massaker, Pogrom, Völkermord und medialer Konsum
Deutsche Kolonialpolitik und genozidales Denken
Verleugnung und Trauma: Der Armeniermord
Holocaust: Die Ermordung der europäischen Juden
Der Genozid an Sinti und Roma

8. Ethnie und Religion: Der Islam und die kulturelle Ausgrenzung

Das Feindbild Islam in Deutschland
Weltweite Verfolgung

9. Fremdenfeindschaft und Alltagsrassismus: Bürgerliche Rohheit und der Ausbruch von Gewalt

»Reichskristallnacht«: Die Entfesselung der Barbarei im November 1938

Hass, Krawall, Applaus: Rostock 1992
Feindbilder schlagen in Gewalt um: Das Lehrstück »Nationalsozialistischer Untergrund«

10. Heilserwartung und Fanatismus: Fundamentalisten im Aufstand gegen die Realität

Christlicher Fundamentalismus in beiden Konfessionen

Die neue religiöse Rechte in den USA und Europa

Fundamentalismus und Antisemitismus

Missionseifer und religiöse Selbstgewissheit in Islam und Judentum

Dschihadismus: Al-Qaida und »Islamischer Staat«

11. Israelkritik, Antizionismus, Antisemitismus: Die politische Instrumentalisierung von Ressentiments und Feindbildern

Antizionismus als Staatsdoktrin der DDR

Israelkritik und Antisemitismus in der Bundesrepublik

12. Die Enthemmung latenter Gewalt

Konstanten der Radikalisierung

Mord im Gerichtssaal: Dresden 2009

Rassismus gegen Christen: Charleston 2015

Hass gegen Juden: Pittsburgh 2018

Vernichtungswut gegen Muslime: Christchurch 2019

Gegen Juden und Muslime: Halle 2019

Der Wunsch nach dem irrsinnigen »Einzeltäter«: Hanau 2020

Agitatoren und Psychopathen

Anmerkungen

Auswahlbibliografie

Prolog: Vorurteil – Ressentiment – Feindschaft

Die Corona-Pandemie ist auch ein Lehrstück sozialen Verhaltens. Auf die Einschränkungen ihrer Lebensqualität haben erboste und von Ängsten geplagte Bürger mit der Beschimpfung von Menschen asiatischen Aussehens als »Schuldige« reagiert. Die einheimischen Bewohner von Feriengebieten an der Ostsee haben Auswärtige, auch wenn sie den größten Teil des Jahres auf eigenem Grund am Rand des Dorfes verbringen, sich akzeptiert und integriert fühlten, als »Fremde« erkannt und gebrandmarkt. Auf der Suche nach Schuldigen haben Verschwörungstheorien im Internet Konjunktur und selbsternannte Sachverständige wie ein Koch veganer Observanz, ein durchgeknallter Schauspieler oder ein Sänger erklären einem willigen Publikum entweder, dass es die Pandemie gar nicht gibt, oder wer sie über uns gebracht hat, wahlweise z. B. Bill Gates oder der jüdische Philanthrop Soros. Dass »die Juden« die Drahtzieher des Übels sind, steht für viele seit dem Mittelalter fest, als sie durch vergiftete Brunnen die Pest ausgelöst haben sollen. Wenn es nicht doch, wie andere vermuten, die Muslime waren. Vielleicht auch Roma, oder dass, je nach der Region, andere »Schuldige« an einem Übel zu stigmatisieren und auszugrenzen sind, Uiguren, Rohingya, Kurden, Yeziden oder beliebige andere Minderheiten.

Die Suche nach den Schuldigen an einer Katastrophe oder unglücklichen Zuständen und deren Fortdauer setzt immer die Gewissheit der eigenen Unschuld voraus. Das erklärt zu einem Teil auch den Zulauf zu den – überaus berechtigten – Protesten gegen den Rassismus, den schwarze Bürger der USA seit Jahr und Tag erfahren. Wenn Rassismus in rabiater Polizeigewalt kulminiert und Antirassisten in aller Welt im Juni 2020 dagegen protestieren, ist vom deutschen Alltagsrassismus nicht die Rede, obwohl auch hier die Ordnungsmacht gegenüber Farbigen anders reagiert als gegenüber Weißen. Judenfeindschaft ist für viele nur noch als vermutetes Attribut muslimischer Bürgerkriegsflüchtender vorstellbar, den autochthonen Antisemitismus in den

eigenen Reihen wollen sie nicht bemerken. Die Feindschaft gegen den Islam hat ähnliche Wurzeln wie der Hass gegen Juden. Das zu akzeptieren und die Konsequenzen zu ziehen, nach denen keine Minderheit diskriminiert werden darf, fällt schwer. Nicht nur in Deutschland, wo aus der Geschichte zu lernen wäre.

Ressentiments sind auch in anderen Kulturen der Kitt nationalen, religiösen, zivilisatorischen Selbstbewusstseins. Die Aversion gegen Muslime, die Hindus praktizieren, angeleitet von einer Regierung, die Indien als reinen Hindustaat neu gestalten will, in dem Muslime Bürger minderen Rechtes wären, hat eine lange Geschichte. Die Teilung des kolonialen indischen Subkontinents 1947 in zwei unabhängige Staaten, das muslimische Pakistan und das hinduistische Indien, hat durch einen »Bevölkerungsaustausch«, d. h. durch Flucht und Vertreibung, mehr Probleme geschaffen als gelöst. Die größte Demokratie der Erde, das so lange wegen praktizierter Toleranz und Friedfertigkeit gelobte Indien, droht seiner Tugenden verlustig zu gehen, wenn es die Ausgrenzung von »Anderen« zum Staatsziel erhebt. Das geschieht derzeit auch in Myanmar gegenüber den Rohingyas, die unter den Parolen buddhistischer Mönche zu »Fremden« erklärt sind. Ausgrenzung hat auch in der Türkei gegenüber den Kurden eine lange und unheilvolle Tradition und sie wird in der Volksrepublik China aus Staatsräson gegen die Minderheit der Uiguren praktiziert.

Gespeist durch Ressentiments, die ethnisch, religiös, kulturell oder sozial begründet sind, werden Ängste und Gefühle des Bedrohtseins stimuliert und Demagogen finden sich, die im Gewand der politischen Lichtgestalt Erlösung von nationaler Schmach versprechen und der Befreiung von fremder Herrschaft die Wege weisen zur glücklichen Zukunft oder die als Propheten kostümiert, das Böse erkannt zu haben meinen und versprechen, es mit Stumpf und Stiel zum Heil der Guten auszurotten. Die Hasspredigt, die zur Tat ruft, bedient Vorurteile und rührt an die latente Bereitschaft zur Gewalt, die uns allen innewohnt. Der Völkermord an den Armeniern, inszeniert von Politikern des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg war, wie zuvor der Genozid an den Hereros unter deutscher Kolonialherrschaft, nur ein Vorspiel zum Judenmord, den Hitlerdeutschland in der Mitte des 20. Jahrhunderts beging. Vorausgegangen war dem Holocaust die systematische Ausgrenzung

und Entrechtung der Juden in Deutschland unter der Ideologie des Antisemitismus, die zentraler Teil der Staatsdoktrin war. Gegründet auf jahrhundertealte zuerst religiöse, dann auch rassistische Vorurteile wurden die Juden erst diskriminiert, dann ausgegrenzt und verfolgt, schließlich ermordet.

Das Zusammenspiel von Ressentiments mit dem von Demagogen geschürten Hass gegen die stigmatisierte Minderheit, die von Staats wegen geübte Gewalt und deren Hinnahme durch die Bürger – durch Billigen, durch Wegsehen, durch Mitwirken – hatte im Judenmord 1941–1945 singuläres Ausmaß. Deshalb hat der Holocaust auch paradigmatische Funktion für die Erklärung des mörderischen Zusammenhangs von Vorurteilen (die aus Stereotypen, Klischees, Zuschreibungen an Minderheiten gebildet sind) mit Ideologie und Gewalt. Entgegen der nach Gewaltexzessen schnell und gern verbreiteten Annahme, die Opfer seien durch provokatives Verhalten, durch ihre mit der Lebensweise der Mehrheit nicht vereinbare Eigenart, aufgrund ihrer Religion, ihrer primitiven Lebensweise, der Verweigerung bestimmter Lebensart selbst an ihrem Unglück schuld, muss die Ursachenforschung in der Mehrheitsgesellschaft beginnen. Warum brauchen wir Vorurteile zur Begründung unserer Abneigung gegen Fremdes? Wie entstehen aus Ressentiments Feindbilder, die individuell und kollektiv als Hass agiert werden, der sich zur Massengewalt, zum Krieg und zum Völkermord steigert?

Ressentiments bilden sich aus vielen Ingredienzen. Überliefertes »Wissen« über »Zigeuner« oder Juden, das sich über Generationen vererbt hat, das religiöse oder abergläubische Wurzeln haben mag oder aus dem Hörensagen von angeblichen Gewohnheiten der »Fremden«, aus Märchen und Legenden zusammengeflossen ist, gehört vor allem dazu. Christlicher Glaubenseifer hat gegenüber Juden und Muslimen im Lauf der Jahrhunderte manchen Schaden angerichtet. Nicht nur Martin Luther hat gegen Andersgläubige gewütet, seine katholischen Feinde wie der Theologe Johannes Eck standen ihm mit antijudaistischer Hetze in nichts nach.

Gerüchte sind Verwirrten stets die bessere Wahl als die Wahrheit und Ideologen fördern ihre Sache mit angeblichen Tatsachen, die sie behaupten und wiederholen, bis sie geglaubt werden. Das digitale Zeitalter bietet ungeahnte neue Möglichkeiten der Kreation und des Transports von Gerüchten, Falschmeldungen, Unterstellungen. »Fake News« sind ein

selbstverständliches Instrument bei der Verfolgung politischer, ökonomischer, sozialer Ziele geworden. Vorurteile, genährt aus der Religion der Auszugrenzenden, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, die immer noch als »Rasse« von mindermem Wert erklärt wird, oder ihrer Kultur, die als Gefahr für die Mehrheit verstanden und als Feindkonstrukt eingesetzt wird, sind Triebkräfte der Gesellschaft und bestätigen deren Selbstverständnis.

Zum Verständnis der Welt, zur Erklärung von Katastrophen, zur Beschwichtigung von Ängsten, zur Bestätigung des Gefühls der Ohnmacht angesichts des Waltens »geheimer Mächte« entstehen Verschwörungstheorien. Sie sind so unsinnig wie die »Protokolle der Weisen von Zion« und deshalb so wirkungsvoll, weil sie jenseits der Gesetze der Logik angesiedelt und deshalb für rationale Argumente unerreichbar sind. Für das Verhältnis von Ressentiment und Gewalt spielen sie eine überragende Rolle. Das macht sie so gefährlich wie der obsessive Fundamentalismus, der die gleiche Klientel bedient: Menschen, die ihrem Argwohn den Vorzug vor dem Gebrauch des Verstandes geben und für schlichte Welterklärungen, für bedingungsloses Freund-Feind-Denken und für obskure Heilserwartungen empfänglich sind. Die Radikalisierung solchen Denkens, besser Fühlens, lässt sich politisch instrumentalisieren wie im Rassenwahn des Nationalsozialismus oder im religiös ideologisierten Dschihadismus der islamistischen Bewegungen Al-Qaida und »Islamischer Staat« mit ihren vielfachen Verzweigungen.

Die Radikalisierung erfolgt aber auch als individueller Prozess der Enthemmung latenter Gewaltbereitschaft. Die Akteure von mörderischem Hass, der in Vorurteilen gegen »Andere« gründet, die in Oslo und Charleston, in Pittsburgh oder Christchurch, in Halle und Hanau zu Massenmördern wurden, sind trotzdem keine »Einzeltäter«, wie der Polizeibericht und lokale Medien im ersten Schrecken gerne verkünden. Sie gehören zum Geflecht aus Vorurteil, Feindkonstrukt, Ausgrenzung und Gewalt, das lange Tradition hat, Fremdenfeindschaft und religiöse Intoleranz kultiviert, sozialpsychologischen Bedürfnissen der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft entspricht, Ängste kanalisiert und von Demagogen als Heilsbotschaft, als Verteidigung des angeblich bedrohten »Eigenen« gegen feindliche Fremde verkündet wird.

In diesem Buch wird der Versuch unternommen, die Wirkung des Vorurteils in Geschichte und Gegenwart auf ganz unterschiedlichen Feldern und in vielen Regionen darzustellen. Es mag als Summe jahrzehntelanger Beschäftigung mit dem Thema, ausgehend von der Antisemitismusforschung, die sich dem ältesten und trotz der Menschheitskatastrophe des Holocaust immer noch virulenten Ressentiment der Judenfeindschaft in allen ihren historischen und aktuellen Ausprägungen widmet, verstanden werden. Mein Dank für Gespräche, Kritik und Anregungen gilt Weggefährten und Mitstreiterinnen im Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, das ich bis 2011 im Bemühen leitete, den ursprünglichen und eigentlichen Gegenstand Antisemitismus für eine übergreifende Ressentimentforschung nutzbar zu machen, die Antiziganismus, Muslimfeindschaft, Homophobie und andere Ausgrenzungen von Minderheiten einschließt.

Besonders herzlich danke ich wieder Christine Eberle, die mich nicht nur durch Recherchen virtuos unterstützte, sondern auch dem Manuskript in allen Stadien jede erdenkliche Sorgfalt angedeihen ließ. Irmela Roschmann-Steltenkamp war wieder hilfreich bei der Beschaffung von Literatur aus entlegenen Bibliotheken und schwer zugänglichen Beständen. Ganz großer Dank gebührt Patrick Oelze, der mich nicht nur zu diesem Buch überredet, sondern die Konsequenzen als Lektor mit Geduld ertragen sowie das Projekt durch kritische Lektüre begleitet und, je nach Notwendigkeit, durch Zu- oder Widerspruch entschieden gefördert hat.

Berlin im Juni 2020

Wolfgang Benz

1. Vorurteil und Feindkonstrukt: Triebkräfte der Gesellschaft

Hassdelikte und ihr Kontext

Zum Wesen menschlicher Existenz gehören die Bilder, die das Individuum von der Welt, von seinem sozialen Umfeld, von anderen Menschen in sich trägt. Die Freund- oder Feindbilder werden von Erlebnissen, Erfahrungen, Beobachtungen und den Schlüssen, die daraus gezogen werden, geprägt, aber auch durch Erwerb von Wissen, durch Einrede, durch Indoktrination. Vorurteile, die sich zu Ressentiments verdichten, sind immer pauschal, verallgemeinern eine Situation, eine Begegnung, einen Vorfall. Differenzierung ist dem Vorurteil entgegengesetzt, löst dessen Substanz auf und verweist in die entgegengesetzten Gefilde der Rationalität.¹

Vorurteile dienen – meist unbewusst – als Wegweiser, ermöglichen rasche Kategorisierung, ordnen Wahrnehmungen in ein Weltbild ein und bestätigen sich stets selbst. Ressentiments sind ausschließlich emotional bestimmt, sie definieren Freund- und Feindbilder und steuern das Verhalten: Zuneigung im positiven, Abneigung im negativen Fall. Mächtige Feindbilder evozieren Hass und Gewalt. Phänomene wie Rassismus, Antisemitismus, Chauvinismus sind generalisierende ideologisierte Komplexe von Feindbildern, die durch negative Zuschreibungen markierte Kollektive – ethnische Gruppen, religiöse Gemeinschaften, soziale Kollektive, Nationen usw. – ausgrenzen, verfolgen, vernichten.

Feindbildgesteuerte Gewalt wird zuerst von Individuen gegen andere Individuen geübt, oder von Einzelnen, die glauben, einen Auftrag auszuführen gegen Kollektive, die in ihrer Fantasie existieren. Beispielhaft geschah das 2011 in Oslo und Utøya, wo ein Mann seinen Hass gegen Sozialisten und Muslime in einem Blutbad ausgelebt hat, dem 77 unschuldige Menschen zum Opfer fielen. Der Mörder Breivik wollte seine Tat propagandistisch ausschlachten

und dazu seinen Prozess zum Forum der Darstellung seiner Obsessionen machen. Das gelang ihm nicht, aber er hat ein voluminöses Bekennerpamphlet ins Netz gestellt und darin diejenigen genannt, die ihm als Demagogen und Hassprediger den Weg wiesen. Die Autoren, die er als Architekten seines von Feindbildern geprägten Weltbildes preist, haben natürlich mit großer Unschuldsgeste beteuert, nichts mit der Wirkung ihrer Parolen zu tun zu haben.

Kruder Rassismus war das Motiv des Massenmords, den ein 21-jähriger US-Bürger mit abgebrochener Schulbildung, aber festgefügtem Weltbild im Juni 2015 in Charleston, South Carolina, verübte. Dylan Roof hatte mit Bedacht das traditionsreichste Gotteshaus einer afroamerikanischen Gemeinde als Tatort gewählt. Während der Bibelstunde erschoss der weiße Rassist neun Menschen. Der Mörder hatte ein Manifest veröffentlicht, in dem er seinem Hass gegen Schwarze, Latinos und Juden freien Lauf ließ. Er definierte sie als Feinde, die es zu vernichten gelte. Afroamerikanern unterstellte er zwar niedrige Intelligenz, aber trotzdem die Absicht, die Macht im Land zu übernehmen. Der Mörder fühlte sich, von Verschwörungsfantasien geplagt, von Waffenfetischismus und faschistischen Sehnsüchten inspiriert, zur heroischen Tat berufen: »Ich habe Charleston gewählt, weil es die geschichtsträchtigste Stadt South Carolinas ist. Sie hatte das extremste Mengenverhältnis von Schwarzen zu Weißen im ganzen Land... Wir haben hier keine Skinheads und keinen echten Ku-Klux-Klan, niemand hat den Mut, etwas zu unternehmen. Alle reden nur, also muss ich es tun.«²

Das Sendungsbewusstsein gegenüber eingebildeten Feinden, der Drang, gefühlten Missständen entgegenzutreten zu müssen, kann sich zum obsessiven Bewusstsein steigern, zum fantasierten Auftrag, stellvertretend handeln zu müssen, weil Politik und Gesellschaft versagen. Menschen wie der Massenmörder in Oslo und auf Utøya 2011 oder der Amokschütze von Hanau 2020 verstehen sich als Delegierte, die berechtigt sind, Gewalt in Selbstjustiz zu üben, entweder weil sie glauben, die geheimen Wünsche der Mehrheit zu verstehen, oder weil sie aus Missständen Handlungszwänge zu deren Beseitigung ableiten und sich privilegiert fühlen, zu handeln. Solchem Antrieb folgte auch der 44-jährige Messerstecher in Köln, der am 17. Oktober 2015 im Wahlkampf um das Oberbürgermeisteramt die Kandidatin Henriette Reker

lebensgefährlich verletzte. Das Opfer wurde am folgenden Tag mit großer Mehrheit gewählt, der Täter nannte als Motiv Fremdenfeindlichkeit. Die parteilose Kandidatin hatte er wegen deren Haltung gegenüber Flüchtlingen – sie war Sozialdezernentin der Großstadt Köln – zur Feindin erkoren und sie vorsätzlich mit Messern attackiert. Noch am Tatort, während der Festnahme, rief er: »Ich habe das für euch alle gemacht« und versuchte anschließend, seinen Mordanschlag zu rechtfertigen mit der Behauptung »Das Flüchtlingsproblem wächst uns über den Kopf.« Der Täter ist voll zurechnungsfähig, der arbeitslose Mann sei vor langer Zeit in der rechten Szene aktiv gewesen, hieß es in den Medien.³

Hassdelikte, ausgelöst durch rassistische, politische, religiöse oder andere Feindbilder, sind alltäglich geworden und – folgt man der verbreiteten Klage der öffentlichen Meinung – stark im Ansteigen begriffen. Dass Internet-Medien einen erheblichen Anteil an der Zunahme von Hassbotschaften haben, ist evident.

Das Kalendarium der großen Hassverbrechen in den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts verzeichnet – neben unzähligen Selbstmord-Attentaten durch dazu angestiftete Fanatiker islamistischer Observanz – seit dem Anschlag auf die Synagoge in Djerba (Tunesien) im Jahr 2002, der 21 Todesopfer forderte, eine in ihrer Dimension und Zielgerichtetheit steigende Zahl von terroristischen Angriffen auf Kirchen, Synagogen und Moscheen. Gemeinsam sind den Hassverbrechen die Einzeltäterschaft, der auf eine jeweils andere Minderheit zielende fremdenfeindliche, rassistische oder verwandte Ressentiments darstellende Vernichtungswunsch, die Öffentlichkeit heischende Botschaft an die Mehrheit, die durch ausführliche Begründung manifestiert wird. Diesem Schema folgte die Tat des Norwegers Breivik, auf die sich dann Nachfolger beriefen. In Toulouse waren 2012 drei Kinder, drei Soldaten und ein Lehrer Opfer eines antisemitisch motivierten Überfalls. Ein Anschlag auf das jüdische Museum in Brüssel forderte vier Tote, ebenso viele Menschen starben bei einer Attacke gegen einen jüdischen Supermarkt 2015 in Paris. Im Oktober 2018 schoss in der Tree-of-Life-Synagoge in Pittsburgh, Pennsylvania ein 46-jähriger Mann nach dem Ruf »Alle Juden müssen sterben« mit mehreren Waffen um sich. Als er sich der Polizei ergab, wurden elf Tote und

sechs teilweise schwer Verletzte gezählt. In Christchurch (Neuseeland) ereignete sich im März 2019 das bisher größte Hassverbrechen des Landes. 51 Muslime starben beim Angriff eines 28-jährigen Australiers auf die Masjid-al-Noor-Moschee im Stadtzentrum und eine weitere Moschee in einem fünf Kilometer entfernten Vorort.

Im Herbst 2019 schockierte ein Gewaltakt Deutschland. Ein junger Mann rechtsextremer Gesinnung, Antisemit und Muslimfeind, versuchte in die Synagoge in Halle einzudringen, schoss gegen die Tür und richtete sich, als sie standhielt, gegen eine Dönerbude. Zwei Menschen verloren bei dem Amoklauf ihr Leben. Die Diskussion über Judenfeindschaft in Deutschland, über stärkere Sicherheitsmaßnahmen und die Schuld jenseits der Person des Täters erreichte nach dem Anschlag in Halle einen neuen Hitzegrad, weil das erste Ziel der Attacke eine jüdische Einrichtung gewesen war. Der Antisemitismus des Täters – von seiner Islamfeindschaft war weniger die Rede – stand im Mittelpunkt der Debatte, die deshalb zu kurz griff, weil die Wut des Terroristen von Halle komplexere Ursachen hatte als sein Hass gegen Juden. Das wird im Zusammenhang mit der in Ressentiments wurzelnden Gewaltbereitschaft und daraus resultierenden Konflikten im Kontext zahlreicher Ereignisse zu analysieren sein.

Hassdelikte sind längst allgegenwärtig. Sie beschäftigen Polizei und Justiz, in der Regel aber mit nur geringem Erfolg. Die Opfer sind häufig mittellos, was ihnen die Klage vor Gericht erschwert, sie haben, wenn sie Migranten oder Asylbewerber sind, eventuell Sprachprobleme, was die polizeilichen Ermittlungen mühselig macht und die Täter sind oft randständig, d. h. Sozialhilfeempfänger oder ohne Einkommen, wodurch eine Bestrafung ins Leere geht. Der folgende Fall ist typisch: Eine aus Bosnien-Herzegowina stammende Frau und ihr minderjähriger Sohn wurden in einer Magdeburger Straßenbahn aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes Opfer einer rassistischen Gewalttat. Sie waren von einem weiblichen Fahrgast lautstark mit den Worten »Es gibt hier keinen Platz für Kanaken, ich als deutsche Frau kann mich hier hinsetzen!« attackiert worden. Kurz darauf versetzte die Angreiferin der Frau ohne Grund mit ihrer rechten Faust einen Schlag gegen den Oberkörper und trat ihr gegen die Beine. Den minderjährigen Sohn stieß sie

so, dass am Folgetag größere Hämatome im Bereich der Hüfte auftraten. Ein Jahr nach dem Ereignis wurde die aggressive Dame, die sich beleidigend und tötlich gegen Mutter und Sohn betragen hatte, zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt, die Kosten des Verfahrens hatte sie zu tragen. Sie legte jedoch den Offenbarungseid ab und blieb die Prozesskosten schuldig.⁴

Ein anderer Fall ereignete sich in Halberstadt. Zwei aus Afrika stammende Männer durchquerten auf dem Weg zu einem Internetcafé einen Park. Als sie eine Personengruppe passierten, wurden sie mit den Worten »Dachpappe« und »Sklave« beleidigt. Sie gingen ohne Reaktion weiter. Daraufhin wurden aus der Gruppe heraus zwei leere Bierflaschen nach den beiden geworfen, welche sie nur knapp verfehlten. Mindestens drei Angreifer nahmen die Verfolgung auf, wobei erneut Bierflaschen geworfen wurden. Einer der Verfolger zog im Laufenden sein T-Shirt aus und zeigte so seinen großflächig mit Hakenkreuzen und Nazisymbolen tätowierten Oberkörper. Die beiden Afrikaner liefen in Todesangst um ihr Leben und konnten den Verfolgern entkommen. Zwei Täter wurden ermittelt. Anklage wegen gemeinschaftlich begangener Beleidigung, Körperverletzung, gefährlicher Körperverletzung und Nötigung wurde erhoben, außerdem wegen »Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen«.⁵

Mehr als der Ausgang des Prozesses interessiert die Frage nach dem Weltbild von Männern, die ohne Provokation, ohne dass ihre Opfer den geringsten Anlass geboten hätten, rassistische Gewalt üben. Der Täter, dessen Oberkörper mit Nazi-Symbolen tätowiert ist, entspricht als bekennender Neonazi dem Bild, das wir uns wohl gerne machen, wonach das gewalttätige Ausagieren von böartigen Vorurteilen und Feindbildern ausschließlich dem Lebensgefühl und dem Aktionismus von Extremisten entspricht. Dazu lässt sich leicht Abstand halten und kein Vernünftiger wird die Verurteilung extremistischer Gesinnung verweigern. Aber was hat die rabiate Frau in der Magdeburger Straßenbahn zu ihren Ausfällen bewogen? Welche feindseligen Emotionen und Bilder haben sie zur Beleidigung und Gewaltübung veranlasst? Zweifellos gehört sie doch eher in die Mitte der Gesellschaft als zum Spektrum des politischen Rechtsradikalismus.

Auch ein anderes Beispiel belegt die Alltäglichkeit und Verbreitung von Ressentiments und ihre gewaltsame Entladung in der Gesellschaft. In einem

Café stritten zwei Gäste mit einer dritten Person. Ein Angestellter forderte die Streitenden auf, das Lokal zu verlassen. Darauf wurde er ins Gesicht geschlagen und als »Neger« beschimpft. Einer der Täter äußerte, er sei Nazi und werde das Opfer totschiagen, wenn er es in der Stadt sehe. Der Mann wurde zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt, wogegen er Berufung einlegte. Das Opfer hat die Bundesrepublik, wo es um Asyl ersucht hatte, aufgrund des Vorfalls verlassen. Der Befund ist in jeder Beziehung beklagenswert. Die Berufungsverhandlung fand im November 2015 statt, drei Jahre nach dem Angriff auf die Person und die Würde des Mannes, der auf Gastfreundschaft in einem fremden Land gehofft hatte, statt dessen physisch und psychisch beschädigt wurde. Die Justiz hat ihre Schuldigkeit getan, so gut das möglich war. Den Angreifer wird dies aber kaum berühren. Die Gesellschaft nimmt keine Notiz von dem Ereignis, weil das Schicksal eines einzelnen Asylbewerbers, Migranten, mittellosen Fremden wenig interessiert, weil man sich vom Zustrom armer Leute bedroht sieht und weil der Vorfall alltäglich war.⁶

Die Angst vor der Bedrohung durch Fremde

Von Feindbildern gesteuert und von rechtspopulistischen Organisationen, Demagogen und Rechtsextremen dazu angeleitet, rotten sich Menschen vor den Unterkünften asylsuchender Flüchtlinge zusammen, um gewaltsam gegen die Ankunft von Menschen zu protestieren, deren Makel in ihren Augen darin besteht, dass sie fremd, arm und hilfsbedürftig sind. Wie die Vorfälle in der Region Dresden lehren, werden die Fremden trotz ihrer Armseligkeit als Bedrohung empfunden und stimulieren Ressentiments der Abwehr. Emotionen machen Bürger zum Mob, der fremdenfeindliche Parolen grölt, Steine und Bierflaschen gegen Polizisten wirft, das Gewaltmonopol des Staates in Frage stellt, um vermeintlicher Gefahr und Bedrohung abzuwehren.⁷

»Besorgte Bürger« hatten sich in der Überzeugung, der Staat sei ohnmächtig und ohnehin gegen sie eingestellt, Ende August 2019 in Chemnitz selbst ermächtigt, Dinge zu regeln, zu denen die Obrigkeit ihrer Meinung nach nicht fähig war. Anlass war ein Stadtfest an einem Sonntag, bei

dem die Ressentiments gegen »Ausländer« sich zu bestätigen schienen. Bei einer Auseinandersetzung fand ein 25-jähriger Chemnitzer durch Messerstiche den Tod. Die Polizei nahm zwei junge Männer aus Syrien bzw. dem Irak als Tatverdächtige fest. Demonstrationen, zu denen die rechte Szene ihre Anhänger mobilisierte, endeten in fremdenfeindlichem Krawall, rechte und rassistische Parolen wurden skandiert (»Das System ist am Ende, wir sind die Wende«), der Hitlergruß wurde gezeigt und Menschen wurden unter den Rufen »elendes Viehzeug«, »Kanaken« und »Zecken« durch die Stadt gejagt.

Die Polizei war zunächst überfordert, ebenso die sächsische Politik. Beobachter fühlten sich an die Ausschreitungen in Hoyerswerda 1991, in Rostock-Lichtenhagen 1992 oder Heidenau 2015 erinnert. Die »besorgten Bürger« waren von rechten Aufwieglern in den »sozialen Medien« auf die Straße gerufen worden. Neben Neonazi-Gruppen, Pegida-Aktivisten und anderen Rechtsextremen beteiligten sich auch Abgeordnete und Funktionäre der »Alternative für Deutschland« am Aufruhr, was die Partei in Erklärungsnot brachte. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier hatte am Sonntagabend getwittert: »Wenn der Staat die Bürger nicht mehr schützen kann, gehen die Menschen auf die Straße und schützen sich selbst. Ganz einfach. Heute ist es Bürgerpflicht, die todbringende ›Messermigration‹ zu stoppen«. Auf einer Pressekonferenz in Berlin wiegelte die Partei am folgenden Tag ab mit Erklärungen zu den »Wallungen« der Bürger, die sich am Sonntag in Chemnitz »in ihrer Verzweiflung« zu »Unvorsichtigkeiten« und »der ein oder anderen Überreaktion« hätten verleiten lassen. Bemerkenswert bleibt der Schulterschluss der um ihr bürgerliches Image besorgten AfD mit notorischen Rechtsextremisten auf den Chemnitzer Straßen.

Um Schadensbegrenzung bemüht war auch die sächsische Landesregierung, deren Chef Michael Kretschmer sich erst kurz zuvor bei der Kommentierung der Behinderung eines Fernseheteams durch die sächsische Polizei in Dresden bei der Berichterstattung über eine gemeinsame Demonstration von Pegida und AfD blamiert hatte. Erst Stunden nach einer Erklärung der Bundesregierung zu den Vorfällen in Chemnitz meldete sich der Ministerpräsident mit der Verlautbarung zu Wort »Wir lassen nicht zu, dass das Bild unseres Landes durch Chaoten beschädigt wird«. Der Schaden war

aber schon eingetreten, durch die Hetzjagd gegen Ausländer und durch die Berichterstattung darüber.

Am Rande des fremdenfeindlichen Aufruhrs erfolgte am Abend des 27. August 2019 auch eine Attacke gegen ein jüdisches Restaurant, bei der der Besitzer antisemitisch beleidigt wurde. Einige Wochen später, im Oktober, wurde das persische Restaurant »Safran« in Chemnitz von Neonazis angegriffen, die den Wirt unter Heil-Hitler-Rufen krankenhaushausreif schlugen. Auch er erfuhr Zuwendung, deren Publizität aber begrenzter blieb als die Aufregung, die nach dem Anschlag auf das jüdische Restaurant geherrscht hatte.

Politische Skandale bildeten die lang nachhallende Begleitmusik der Chemnitzer Ereignisse. Der erste war durch die Justiz ausgelöst worden. Ein Bediensteter des Gerichts hatte den Haftbefehl gegen einen der mutmaßlichen Messerstecher Rechtsradikalen übermittelt. Der Pegida-Gründer Lutz Bachmann, die rechte Gruppierung »Pro Chemnitz« und ein AfD-Kreisverband stellten das Dokument ins Netz. Bundesinnenminister Horst Seehofer nannte den Vorgang »völlig inakzeptabel«. Gegenüber skandalösen Medienauftritten des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz zeigte er sich milder. Der oberste Verfassungsschützer Hans-Georg Maaßen äußerte in der BILD-Zeitung am 7. September 2018 Zweifel, dass es in Chemnitz rechtsextremistische Hetzjagden gegeben habe. Dem Verfassungsschutz lägen keine belastbaren Informationen darüber vor. Ein Video, das als Beweisdokument im Internet und im Fernsehen gezeigt wurde, erklärte er kurzerhand als Fälschung. Maaßen, dem Sympathien für die AfD nachgesagt wurden, stimmte mit seiner Einschätzung zwar mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) überein, der in einer Regierungserklärung verkündet hatte: »Es gab keinen Mob, keine Hetzjagd und keine Pogrome«, aber das entsprach nicht den Tatsachen.

Nach einem Wochenende intensiver Arbeit, die seine Mitarbeiter leisteten, um die Karriere des Chefs zu retten durch Beweise, dass das Video gefälscht sei, ruderte der Präsident des Amtes für Verfassungsschutz zurück und erklärte in einem Brief an Minister Seehofer, das Video sei nicht gefälscht, aber falsch verstanden worden. Die Ankündigung des Ministers, Maaßen werde abgelöst und zum Staatssekretär befördert, löste eine Koalitionskrise und öffentliche

Empörung aus. Einen vorlauten Behördenchef, der seine Reputation durch unüberlegtes Gerede beschädigt und sich wegen mangelnder Distanz zur AfD ins Zwielicht gebracht hatte, durch den Aufstieg in ein höheres politisches Amt zu belohnen, wäre ein zweifelhaftes Signal gewesen. Maaßen wurde schließlich in den weniger ehrenhaften, aber verdienten Ruhestand versetzt. Die AfD weinte ihm schon vorher Tränen nach, vergossen durch den Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland, der der Regierung vorwarf, sie entlasse einen »verdienten Behördenleiter« nur deshalb, weil er ihr »nicht genehm« sei.⁸

Populismus und Ressentiments

Vom politischen Schaden abgesehen, der durch falsches Taktieren und unangemessene Reaktionen eintrat, haben die Ereignisse in Chemnitz eine Debatte über die Anfälligkeit der Bürger der ehemaligen DDR für rechte Ideologien in populistischer wie rechtsextremistischer Form ausgelöst. Insbesondere Sachsen ist nachhaltig in die Schlagzeilen geraten. In Chemnitz hat sich, in pauschalisierender Medienpraxis zum Horrorszenario reduziert, wiederholt, was in Hoyerswerda und Rostock begann und in Mügeln, Tröglitz, Heidenau und anderen Orten wiederauflebte: von Ressentiments geleiteter rassistischer und fremdenfeindlicher Hass, dessen Ursachen Überfremdungsängste, Ratlosigkeit, Unsicherheit angesichts der politischen Praxis sind. Diese Befindlichkeiten werden durch rechte Demagogie, Hetze und Abneigung gegen die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft zum Hass stimuliert. Anlass, nicht Ursache, bilden die Opfer, die als »Fremde«, stigmatisiert sind.²

Die fremdenfeindliche Pegida-Bewegung, die im Herbst 2014 in Dresden entstand, vorübergehend staunenerregende Menschenmassen mobilisierte, dann am Ende schien wegen ihrer Inhaltsleere, aber durch den Flüchtlingsstrom wieder belebt wurde, hat gezeigt, wie leicht Ressentiments populistisch zu kanalisieren sind, und sie hat gelehrt, wie schnell sich Radikalisierung vollzieht. Am Anfang standen die »Spaziergänge« gegen die

angebliche Überfremdung, am Ende brannten Unterkünfte von Flüchtlingen. Das Versagen der Politik bestand darin, dass sie glaubte, bedrückten Bürgern Verständnis entgegenbringen zu müssen, und dass das Hass- und Gewaltpotenzial, das diese Menschen zu mobilisieren fähig waren, unterschätzt wurde.¹⁰

Das Ressentiment Fremdenfeindschaft brachte einst die deutsche Leitkulturdebatte und etwas später die Bewegung »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands« (Pegida) hervor. Dass Tausende in Dresden auf die Straße gingen, um als Komparserie Protest darzustellen, ohne Hauptdarsteller, ohne erkennbare Regie, ohne Thema und Plan, das verwundert wegen des organisierenden Personals und bestürzt wegen der inhaltsleeren Wut, mit der agiert wird. Ein großer Teil der Pegida-Demonstranten hat sich in den fünf Jahren seit der Gründung wieder verlaufen, zum fünften Jahrestag am 20. Oktober 2019 sollen es nach Presseberichten noch einmal 3000 gewesen sein.¹¹

Die Ethnisierung sozialer Probleme geht mit einem Kulturrassismus einher, der an das alte Übel anknüpft, Menschen aufgrund ihrer Herkunft als höher- oder minderwertig zu klassifizieren. Minderheiten sind damit zugleich als Gefahr für die Mehrheit stigmatisiert. Wagenburgmentalität innerhalb der Mehrheitsgesellschaft und das Verlangen, Intoleranz als Tugend zur Abwehr vermeintlicher Gefahren zu kanonisieren, sind Reaktionen der Unsicherheit. Die Botschaft, die Ideologen verbreiten, findet den Nährboden in existentiellen Ängsten; die Adressaten sind resistent gegen rationale Argumente, denn Bedrohungsszenarien und Verschwörungsfantasien sind wirkungsvoller als alle Vernunft und jede Logik. Verbale und brachiale Gewalt stehen am Ende der Skala, die mit der Stigmatisierung, Dämonisierung, Ausgrenzung von Minderheiten beginnt.

Die Eskalation zum Feindbild

Der Aufruhr bürgerlicher Bosheit gegen Flüchtlinge ist symptomatisch für den Zustand der Gesellschaft: Die Saat der Ausländerfeinde ist aufgegangen, die

Schläger und Brandstifter rechtsextremer Observanz führen aus, was rasonierender und pöbelnder Mittelstand vor Wohnheimen und auf Pegida-Kundgebungen intendiert.

Der Strom der Flüchtlinge, die in Europa Zuflucht suchen, in deren Heimat Bürgerkrieg herrscht oder auch »nur« existentielle wirtschaftliche Not, hat zwar viel Verständnis und Hilfsbereitschaft ausgelöst, aber auch beschämenden Fremdenhass. Als seien sie persönlich bedrängt, als würden sie individuell zur Kasse gebeten, als gäbe es eine fundamentale Bedrohung der Wohlstandsgesellschaft, randalierten Bürger nächtelang vor Flüchtlingsunterkünften, grölten ausländerfeindliche Parolen, stießen Morddrohungen aus, übten Gewalt. Brandstiftung gegen Wohnheime, als vorbeugende Maßnahme zur Abwehr von Flüchtlingen, artete im Sommer 2015 zum Volkssport aus. Politik und Medien verurteilen mit kräftigen Worten die Rechtsextremisten für das traurige und beängstigende Geschehen. Aber der Rechtsextremismus beginnt schon in der Mitte der Gesellschaft, und er ist mehr als eine Randerscheinung, von der man sich leicht distanzieren kann. Demagogen setzen die Zeichen, obsessive Aktivisten fachen die Wut der Unbedarften an. Die Täter und ihre Sympathisanten gehören aber auch zum Kreis der Wohlsituierten, die keine materiellen Sorgen haben, denen nichts weggenommen wird, die jedoch von Ressentiments geleitet glauben, etwas verteidigen zu müssen, das sie für bedroht halten. Und die vermeintliche Bedrohung funktioniert als Chiffre für viele Ängste und Frustrationen, unter denen die Menschen leiden. Im Fremdenhass bündelt sich der Unmut aufgebrachter Bürger. Flüchtlinge und Notleidende sind die Ziele ihrer Wut, die tatsächlich andere Ursachen hat.

Die Ethnisierung sozialer Probleme dient als leicht nachvollziehbare Erklärung mannigfachen Unbehagens und vieler sozialer Schwierigkeiten und die als Problemlösung vorgeschlagenen drastischen Politikkonzepte treffen die Wünsche vieler. Solche Erlösungsbotschaften entsprechen den Bedürfnissen der Unzufriedenen, denen Selbstbehauptung angesichts imaginärer Gefahren oberstes Gebot ist, womit sie ihre Bedrohungs-, Überfremdungs- und Existenzängste ausagieren. Unter der Oberfläche des Feindbildes »Fremde« plagt ein diffuses Gemenge von Unsicherheit und Angst, von Ratlosigkeit und Unverständnis gegenüber rasanten und komplexen Veränderungen der Welt

Menschen in der Mitte der Gesellschaft: Werden die Sozialsysteme überfordert, sind Zukunft und Alter sicher, ist die Vision Europa von Politikern zerredet und von Bürokraten in Brüssel so kleingearbeitet worden, dass nur noch nationaler Patriotismus die Rettung bringt? Ein zentrales Motiv, das diffusen Ressentiments zugrunde liegt, ist das Gefühl, nicht genug partizipieren zu dürfen, die Empfindung der Ohnmacht gegenüber Obrigkeiten, gegenüber unkalkulierbaren Entwicklungen.

Pegida ist ein Versuch zur Gemeindebildung gleichgesinnter Bürger durch gemeinsame Ressentiments. Es ist die Flucht aus dem Unbehagen. Weil sie komplizierte Zusammenhänge der Politik nicht verstehen, weil sie Probleme mit dem System der repräsentativen Demokratie haben, weil sie ihre Vorstellungen von Gerechtigkeit im Rechtsstaat nicht verwirklicht sehen, schließen sich Empörte zur Kultivierung ihrer Vorurteile zusammen. Den Bindekitt bilden Ängste und das Bedürfnis nach schlichten Welterklärungen. Die Programmlosigkeit mobilisiert mit Ressentiments wie Islamfeindschaft, Xenophobie, Nationalpatriotismus Unzufriedene, füttert sie beim Gemeinschaftserlebnis des Umzugs und der Kundgebung mit Phrasen, lässt sie Parolen skandieren und Aufbegehren darstellen und stößt sie dann zurück in politische Verdrießlichkeit.

Die Diskrepanz zwischen öffentlicher Kommunikation und der Debatte in den »sozialen Medien« erklärt viel über Aufstieg und Niedergang von demagogischen Bewegungen. Der wehleidig vorgetragene Populismus auf den Straßen ist die eine Seite, die grobschlächtig-unflätigen Kampagnen gegen Andersdenkende im Internet verweisen auf die andere. Ohne die »sozialen Medien« hätte es die Dresdner Pegida-«Spaziergänge« kaum gegeben. Die Vernetzung Gleichgesinnter, die sich in ohnmächtigem Zorn gegenseitig bestätigen, ersetzt das politische Charisma der Anführer: Kommuniziert werden Parolen und Feindbilder, die das gemeinsame Weltbild bestätigen.

Die Protestgemeinde, die sich in der Mitte der Gesellschaft formiert, hat durch die Mobilisierung von Ressentiments Brückenfunktion zum Rechtsradikalismus, auch und obwohl sie dies öffentlich vehement bestreitet: Allein die Selbstdarstellung der Wünsche und Abneigungen diffusen Protestes – gegen Fremde, gegen die Eliten in Politik, Gesellschaft, Medien – in den

Formen der Stigmatisierung, Denunziation, Ausgrenzung von Minderheiten, ist die Einladung an Extremismus und zur Gewalt.¹²

Mobilisierung durch Vorurteile

Eine wichtige, vielleicht die entscheidende Triebkraft, die Ressentiments in Gewalt münden lässt, ist Angst. Vielfältige Formen von Angst kennzeichnen das soziale Leben: Überfremdungsängste werden besonders deutlich artikuliert, weil sie sich öffentlich als Auftrag verstehen lassen, das Vaterland, die Wertegemeinschaft, die durch Brauchtum und Tradition charakterisierte Heimat zu verteidigen. Die Abwehr von Fremden erleben wir täglich. »Argumente« gegen Fremde sind (ausgesprochen) deren »aggressive Religion«, deren »inkompatible Kultur«, deren »mangelnde Zivilisation« und andere Zuschreibungen sowie (unausgesprochen) deren Armut und die daraus vermeintlich resultierende Gier, unsere Sozialsysteme auszuplündern oder Eigentum, Arbeitsplätze und vieles mehr zu rauben. Unter Überfremdungsängsten subsumieren sich viele Emotionen, vom Sexualneid über die befürchtete Kriminalisierung der Gesellschaft bis zur geargwöhnten gewaltsamen Islamisierung des Abendlandes.¹³ Den Hintergrund der Sorgen über eine im Zeichen der Globalisierung unübersichtlich gewordene und vielfach bedrohte Lebenswelt bildet die von Nationalisten, Rassisten und Sozialdarwinisten beschworene angebliche demografische Machtergreifung. Der Erfolg eines Buches mit dem Titel »Deutschland schafft sich ab«, dessen schlichte These lautet, dass unqualifizierte Muslime mehr Kinder in die Welt setzen als qualifizierte Deutsche, wirft ein grelles Licht auf die Ängste vieler wohlsituerter Bürger und ihrer Ressentiments. Wahlerfolge fremdenfeindlicher politischer Parteien in der Schweiz und in Österreich, das Randalieren geängstigter Bürger in Deutschland, die ihrer Wut vor den Wohnheimen von Asylbewerbern mit Hassparolen und durch Brandstiftung Ausdruck verleihen – das sind Zeichen einer zunehmenden Verrohung, die Gewalt anstelle von politischem Kompromiss als Mittel für legitim hält und praktiziert.

Wachsende Muslimfeindschaft nach dem 11. September 2001 führte zu einer Zäsur in der politischen Kultur der westlichen Welt. Auch darauf fußend entstand in Deutschland eine zweite Zäsur mit der Gründung der europakritischen fremdenfeindlichen Partei »Alternative für Deutschland«, deren Initiator gegen den Euro als Gemeinschaftswährung der Union zu Felde zog. Nach seiner Abhalfterung radikalisierte sich die Protestbewegung rasch, gewann, beflügelt vom Flüchtlingsstrom, ohne weiteres Programm Sitze in den Parlamenten und verkörpert dort eine von Emotionen gesteuerte neue Form des Rechtsextremismus, die mit kulturrassistischen, nationalistischen und völkischen Ressentiments und Feindbildern provoziert.¹⁴

Der Erfolg Thilo Sarrazins, der Überfremdungs- und Existenzängste der Mehrheitsgesellschaft bedient, Sozialdarwinismus propagiert und kulturrassistisch argumentiert, belegt eindrucksvoll die Notwendigkeit seriöser langfristiger Gesellschaftsanalysen, die den Zusammenhang von Ressentiment und Konflikt offenlegen. Als aktuelle Projektionsfläche für das Unbehagen der Mehrheit dienen seit etwa 20 Jahren »die Muslime«. Sie waren vor dem 11. September 2001 – dem Anschlag islamistischer Terroristen gegen die USA – nicht als Gruppe wahrgenommen und über ihre Religion ideologisiert worden. Die inzwischen populäre Denkfigur vom bedrohlichen Islam, der Europa und die Welt unterjochen will, hat historische Wurzeln und deshalb Tradition. Konjunktur bekam das Ressentiment aber erst mit dem Einsturz der Türme des World Trade Centers in New York.

Katalysator Islamfeindschaft

Im westlichen Europa dient das Feindbild Islam als Chiffre der Verständigung und Abwehr gegenüber einer Minderheit von Muslimen, die als Bürger oder Gäste in der Gesellschaft Rechte haben. Sie sind nicht als Usurpatoren gekommen und sie verstehen sich nicht als Feinde. Unter Hinweis auf Terrorakte fanatischer Islamisten, die durch den Missbrauch der Religion im Gegensatz zur Mehrheit der Muslime stehen, durch Verallgemeinerung von Verbrechen, die in Afghanistan oder im Iran ihren Ursprung haben,

Israelfeindschaft und den verbreiteten Judenhas in islamischen Gesellschaften beklagend, werden muslimische Bürger in Mitteleuropa stigmatisiert, indem man sie unter Generalverdacht stellt und ihre Religion instrumentalisiert, um sie zu diskriminieren.¹⁵

Die Muslimfeinde sind mit großem zeitlichem Abstand von den gleichen Ängsten getrieben wie einst die Judenfeinde, nämlich der Furcht vor Überwältigung und Überfremdung, und sie begründen ihre Ängste mit angeblichen Geboten der Religion der vermeintlichen Aggressoren. Mit dem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandenen modernen Antisemitismus reagierten Teile der Bevölkerung auf einen als bedrohlich empfundenen gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel. Das Feindbild war, wie die Forschung zeigt, auch eine antimoderne Reaktion auf die Emanzipation der Juden, welche die Antisemiten rückgängig machen wollten. Man muss in Nutzanwendung der Vorurteilsforschung zum Antisemitismus die pauschale Dämonisierung des Islam in der Gegenwart als eine Reaktion auf die Integration von Muslimen sehen, in deren Verlauf die Bevölkerungsgruppe äußerlich wahrnehmbarer wird, durch den Bau von Moscheen und den Anspruch auf Bürgerrechte. Im Streit um Moscheebau-Projekte (das fällt vielen mit dem Antisemitismus des späten 19. Jahrhunderts vertrauten Beobachtern auf) wiederholen sich Motive deutscher und österreichischer Synagogendebatten.

Die derzeit beschworene Gefahr einer »Islamisierung Europas« greift auf jahrhundertealte Deutungsmuster zurück. Der aktuelle »islamkritische« Diskurs hat erhebliche xenophobe und kulturrassistische Züge, thematisiert verbreitete Überfremdungsängste, argumentiert durchgängig mit religiösen Vorbehalten, die in den säkularisierten Gesellschaften Europas mit großem Ernst und seltsamer Erbitterung vorgetragen und nachempfunden werden. Die Vorstellungen von Despotie (beginnend in der Familie), Gewaltbereitschaft und Bildungsunlust als vermeintliche Charakteristika des Islam reichen weit zurück. Sie werden bekräftigt durch Verweise auf aktuellen Terrorismus von Islamisten und auf das Unrechtsregime im Iran. Die Absicht ist eindeutig, nämlich Islam und Islamismus, die Mehrheit der Muslime mit der Minderheit der Islamisten gleichzusetzen.

»Islamkritik«, wie sie auch von jüdischer Seite (aus nachvollziehbaren Gründen angesichts der Bedrohung Israels und offensiv gelebter Judenfeindschaft von Muslimen) vehement vorgetragen wird, hat kein historisches Gedächtnis und kein Problembewusstsein für die Austauschbarkeit der Stigmatisierung von Gruppen. Fixiert auf ihr Feindbild wüten Aktivisten gegen differenzierende Betrachtungsweisen und verteidigen Demagogen ihre eindimensionale Weltsicht. Obsessive Islamfeindschaft predigt Hass gegen eine fremde Kultur und proklamiert Intoleranz. Seit einigen Jahren ist die Formel vom »christlich-jüdischen« Abendland in Gebrauch. Sie ist nichts anderes als eine Parole gegen den Islam und gegen Muslime. Bedroht sind damit die Menschenrechte einer Minderheit von Bürgern mitteleuropäischer Staaten, bedroht sind damit auch Grundwerte der demokratischen Gesellschaft, nämlich Liberalität, Toleranz gegenüber kultureller Vielfalt und Akzeptanz von Minderheiten.

Die Wirkungen solcher Ressentiments hat die paradigmatische Langzeitstudie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mit dem assoziativen Titel »Deutsche Zustände« vor Augen geführt. Fast die Hälfte der befragten deutschen Bürger glaubt demnach, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben, jeder Fünfte ist dafür, die Zuwanderung von Muslimen zu unterbinden, ein Drittel glaubt an »natürliche Unterschiede« zwischen Menschen schwarzer und weißer Hautfarbe, vertritt damit die Überzeugung unterschiedlicher Wertigkeit. Die Entsolidarisierung der Gesellschaft schreitet in der Breite voran. Aus Angst, den eigenen Status zu verlieren werden Menschen gruppen abgewertet. Vor allem Langzeitarbeitslose und Obdachlose sind verachtet und die Bereitschaft zum Protest und zur Gewalt hat zugenommen. 19 % der Bevölkerung sind der Meinung, »wenn sich andere bei uns breitmachen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist«. ¹⁶ Anlass zu Pessimismus bieten die Veränderungen in den Trägerschichten ausgrenzender menschenfeindlicher Einstellungen. Es sind die besseren Stände, die mittleren und höheren Schichten, die Tugenden des Bürgers wie Toleranz und Solidarität zugunsten des eigenen Fortkommens oder im Interesse des Statuserhalts frohgemut den Abschied gegeben haben. ¹⁷

Das macht die Situation gefährlich. Der Trend zum Vorrang ökonomischen Nutzens und sozialen Erfolgs, der Ausgrenzung und Diskriminierung von Gruppen für selbstverständlich hält, vergiftet nicht nur das gesellschaftliche Klima, sondern bedroht die Demokratie. Unter dem Vorwand der Verteidigung abendländischer Werte gegen »Feinde aus dem Morgenland«, gegen Überfremdung durch vermeintliche Aggressoren, die angeblich auf Gebot ihrer Religion gegen Europa kämpfen, schlagen Muslimfeinde mit populistischen Parolen Brücken aus der Mitte der Gesellschaft zum Extremismus. Viele sehen die Mitte bereits dahingeschmolzen.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Im klassischen Verständnis gesellschaftlicher Probleme waren die Felder, auf denen Menschenfeindlichkeit Minderheitskollektiven gegenüber agiert wird, dem Rechtsextremismus zugeordnet, wo sie als Rassismus, Antisemitismus, Neonazismus verhandelt wurden. Gruppen, die derzeit im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, wurden überhaupt nicht beachtet oder waren traditionell marginalisiert – wie etwa Homosexuelle, »Asoziale«, Jenische, »Zigeuner« –, wobei ihre Ausgrenzung zugleich als ihre natürliche Rolle in der Gesellschaft verstanden wurde. Im Gegensatz zur Minderheit, die ihre spezielle sexuelle Orientierung erfolgreich der offenen Diskriminierung entziehen konnte, blieben Sinti und Roma als Außenseiter fixiert, in der Rolle, die ihnen seit Jahrhunderten von der Mehrheit zugewiesen wird.

Sinti und Roma sind traditionell in besonderem Maße Opfer von Vorurteilen und Feindbildern. Ressentiments gegen »Zigeuner« haben eine lange Geschichte, ähnlich den Vorbehalten gegen Juden. Der nationalsozialistische Völkermord an Sinti und Roma hat aber bis zum heutigen Tag nicht vergleichbare Reaktionen des Bedauerns, der Scham, Reue und schuldbewusster Zuwendung in der Mehrheitsgesellschaft ausgelöst wie der Holocaust. Der Opfergemeinschaft der Sinti und Roma wurde auch nach der Katastrophe keine Empathie entgegengebracht, die rassistischen und sozialen Vorbehalte blieben lebendig. Antiziganismus – die Feindschaft gegen

die Minderheit, deren vermeintlich negative Eigenschaften durch die Mehrheit definiert sind – blieb als Einstellung und Vorurteil wirkungsmächtig. Das Ressentiment, das sich vor allem durch beleidigende Äußerungen, Verweigerung von Partizipation, Geringschätzung, hasserfüllte Zuschreibungen und sonstige Diskriminierung bis hin zu Gewalt gegen Individuen äußert, ist keineswegs ein Phänomen, das sich auf Rechtsextremisten beschränkt. Als diskriminierende Einstellung ist Antiziganismus in der Gesellschaft weit verbreitet. Ziel und Ergebnis des Ressentiments ist die wirksame Ausgrenzung der Minderheit. Daran ändert die demonstrative Zuwendung wenig, die auf hoher politischer Ebene den Sinti und Roma gegenüber erfolgt, durch Denkmalsetzung, Festakte und Präsenz in Gremien: das Agieren der Repräsentanten der Mehrheit ist lediglich Reaktion auf Postulate der Minderheit, nicht Bedürfnis oder Überzeugung wie im Falle der Juden.

Der sperrige Begriff »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« ist schwer zu rezipieren. Das gilt für die politische und soziale Praxis in gleicher Weise wie für die theoretische wissenschaftliche Fundierung. Zu abstrakt und zu pauschal, lautet ein Argument gegen die Begrifflichkeit; die Ablehnung des mit dem Terminus bezeichneten Sachverhalts gesellschaftlicher Verwerfungen und Störungen im Umgang von Mehrheit und Minderheiten, also der Versuch, die Phänomene der Ausgrenzung, Stigmatisierung, Denunziation, Gewalt gegen Schwache in der Gesellschaft zu ignorieren, ist charakteristisch. Die ewige Formel »Nestbeschmutzung« steht im Raum, wenn Gefahr besteht, durch zu genaue und differenzierte Analyse gesellschaftlichen Dissonanzen auf die Spur zu kommen. Da liegt die Empfehlung immer noch nahe, nicht zu genau hinzusehen auf die Abwertung bestimmter Gruppen, weil das die Harmonie der Mehrheit stören könne. Und die Politik hat leider nur zu oft kein Interesse am kritischen Blick auf den Zustand der Gesellschaft. Sie reagiert im Katastrophenfall umso heftiger. Nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle im Herbst 2019 erkannte der Bundesinnenminister die Gefahr des Rechtsextremismus und kündigte Maßnahmen an. Nach den Morden in Hanau im Frühjahr 2020 erkannte er auch die Gefahren der Islamophobie und deren Schnittmengen mit Judenfeindschaft.